

Die Bekämpfung der Kriminalität und ihrer Ursachen — Aufgabe der ganzen Gesellschaft

Bemerkungen des Ministers des Innern, KARL MARON,
zum Bericht der Kommission

Genosse Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte einige Bemerkungen über die Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Rechtspflegeorgane mit den örtlichen Staatsorganen, besonders den Volksvertretungen, den gesellschaftlichen Organisationen und den Ausschüssen der Nationalen Front machen. Eine wesentliche Voraussetzung für die schrittweise Überwindung der Kriminalität als gesellschaftlicher Erscheinung ist das planmäßige und systematische Zusammenwirken der genannten Organe, Institutionen und Organisationen. Auch in dieser Hinsicht gibt es zweifellos eine ganze Reihe guter Praktiken. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, daß die Vielfalt der Möglichkeiten, die sich sowohl für die Rechtspflegeorgane als auch für die örtlichen Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen ergeben, bei weitem noch nicht genügend erkannt und genutzt werden.

Erfahrungen der Zusammenarbeit der Rechtspflegeorgane mit allen gesellschaftlichen Kräften

Deshalb stand diese Problematik auch im Vordergrund der Diskussionen in der Deutschen Volkspolizei und bei den Stellvertretern für Inneres der Vorsitzenden der Räte. Es sei mir darum gestattet, einige Erkenntnisse darzulegen, die eine Arbeitsgruppe von leitenden Mitarbeitern des Ministeriums des Innern, der Obersten Staatsanwaltschaft, des Ministeriums der Justiz, des Nationalrates der Nationalen Front und Wissenschaftlern der Martin-Luther-Universität Halle sowie Vertretern der örtlichen Organe bei der Organisation des Kampfes zur schrittweisen Zurückdrängung der Kriminalität im Kreis Bitterfeld gewonnen hat.

Auch hier gibt es eine Anzahl von Beispielen, die das Bemühen zeigen, wirksamer auf die Überwindung der Kriminalität Einfluß zu nehmen. Man kann sagen, daß überall dort, wo die Fragen des sozialistischen Rechts mit den volkswirtschaftlichen und anderen Aufgaben verbunden werden, die Bevölkerung zur Mitarbeit bereit ist und ihrerseits Vorschläge unterbreitet.

So übermittelten zum Beispiel die Rechtspflegeorgane der Ständigen Kommission für Bauwesen des Kreistages Unterlagen über Gesetzesverletzungen. Als Ergebnis der Überprüfung dieser Unterlagen forderte die ständige Kommission vom Kreisbauamt, daß die Ordnung auf den